



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/276 - 29.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 009890

Parlament und Regierung	S. 1
Die Kommunisten in der französischen Verwaltung	S. 3
Ein ostzonaler Slansky-Prozess ?	S. 4

Die Koalition und die Haushaltspolitik

(sp) Immer wieder haben sich die sozialdemokratischen Sprecher im Bundestag dafür eingesetzt, dass das Parlament nicht nur auf seinem Recht der Bestimmung des Haushaltes besteht, sondern dieses Recht auch praktisch ausübt. Von der Festlegung und Kontrolle der Haushaltsführung der Regierung durch das Parlament hängt dessen Stellung und Bedeutung entscheidend ab. Die Bundesregierung konnte ihren Mangel an Respekt gegenüber dem Parlament nicht deutlicher zeigen als dadurch, dass sie es nicht für notwendig hielt, bei der Debatte über den Nachtragshaushalt durch einen Minister vertreten zu sein.

Dass die Regierungsfractionen diese Missachtung des Parlamentes hinnehmen, zeigt, dass sich diese Parteien - grotesk genug - als Exekutive der für sie im Palais Schaumburg residierenden Legislative fühlen. Es stünde jedenfalls um die Festigkeit unserer parlamentarischen Demokratie besser, wenn sich auch die Fractionen der Regierungskoalition darauf besinnen würden, dass Passivität in der Wahrnehmung der Grundrechte des Parlamentes gegenüber der Regierung gleichbedeutend mit der Vegerbereiung für jene Kräfte ist, die in der parlamentarischen Demokratie nur das Ergebnis eines nach 1945 bestehenden Zwanges sehen.

Die Tatsache, dass in der Legislaturperiode des ersten

deutschen Bundestages nicht die Mehrheit des Parlaments die Politik der Regierung, sondern umgekehrt der Bundeskanzler die Politik der parlamentarischen Mehrheit bestimmte, kann sich eines Tages als lebensgefährlicher Stoss gegen die deutsche Demokratie erweisen. So wenig wie die Regierungsfractionen das erkennen, oder aus etwa vorhandenen Einsichten die Konsequenzen ziehen, so wenig üben sie auch die Haushaltskontrolle aus. Was die Regierung fordert, bekommt sie - ob es sich dabei um 4,4 Millionen M für eine neue Bundeskanzlei handelt, um die permanente Vermehrung des Personalbestandes, um den Ausbau jeder Dienststelle oder jedes Amtes zu einem kleinen Ministerium, oder um die undurchsichtigen Fonds, mit denen die Regierung nicht nur den Kampf gegen die Feinde der Republik, sondern auch den gegen ihre innerpolitischen Gegner finanziert.

Die Sprecher der Regierungsparteien haben sich bei der ersten Lesung des Gesetzes über den Nachtragshaushalt in wesentlichen darauf beschränkt, die Politik ihres Kabinetts zu preisen. Die Aufgliederung der Milliardenbeträge beschäftigte sie kaum. Wenn es bei dieser Haltung bleibt, wird sich die Stellung des Parlamentes auch dann nicht verstärken, wenn endlich zum ersten Mal der Haushaltsplan vor Beginn des Finanzjahres beschlossen wird. Denn was nützt das, wenn die Fraktionen der Koalition ihre Hauptaufgabe nicht in der Bestimmung der einzelnen Ausgaben sehen, sondern in der Bestätigung der Forderungen des Kabinetts,

Es entsprach dieser Einstellung, wenn der CDU-Abgeordnete Wurmeling Anträge der SPD, die auf die überfällige Verbesserung der Sozialleistungen abzielen, als Agitation bezeichnete oder nach Deckungsvorschlägen fragte, obwohl er weiss, dass diese in den Forderungen liegen, die von der SPD hinsichtlich einer Änderung der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik vertreten werden. Aber um das einzusehen, müssten die Fraktion der Koalition sich schon vom Gängelband ihres Kabinetts lösen und erkennen, dass es nicht die Aufgabe des Finanzministers, sondern die des Parlamentes ist, die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben des Haushalts in seinen Grundzügen zu bestimmen.

Kein Platz für Kommunisten im Staatsapparat

G.S. Paris, Ende November

Der französische Ministerrat hat sich im Prinzip für den Erlass eines Gesetzes ausgesprochen, das "die Unvereinbarkeit zwischen der Zugehörigkeit zu einem öffentlichen Verwaltungsposten und einer Organisation und Partei" festlegt, "die ihre Befehle aus dem Ausland empfängt". Das Gesetz wird im allgemeinen keine rückwirkende Kraft haben, verbietet jedoch jenen Beamten, die in der Verwaltung oder in den nationalisierten Betrieben, führende Stellungen einnehmen, die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei oder zu deren Nebenorganisationen. Es verbietet weiterhin allen Beamten die Teilnahme an kommunistischen Veranstaltungen, die die Regierung als unerwünscht betrachtet und untersagt ihnen die Propaganda für die Kommunistische Partei und ihre Nebenorganisationen auf dem Arbeitsplatz.

Damit hat sich die derzeitige französische Regierung an die Lösung eines Problems herangemacht, das von ihren Vorgängerinnen mitunter sehr schüchtern angepackt wurde. Trotz aller "Säuberungen", die seit einigen Jahren erfolgen, haben noch zahlreiche Kommunisten führende Posten in der französischen Verwaltung oder in Körperschaften inne, die von der französischen Regierung finanziert und unterhalten werden.

Um ein Beispiel zu nennen: zwar wurde der französische Hochkommissar für Atomenergie, der Kommunist Joliot-Curie, der in der "Friedensbewegung" eine hervorragende Rolle spielt, vor längerer Zeit seines Amtes enthoben: doch bleiben noch zahlreiche Kommunisten im Hochkommissariat für Atomenergie: sie dürften aufgrund des neuen Gesetzes ebenso aus ihrem Amt entfernt werden wie alle anderen Kommunisten, die sich in der Französischen Verwaltung als solche hervortun.

Die französische Regierung beeilte sich, zu erklären, dass die "Gewerkschaftsfreiheit" mit dieser Massnahme nicht beeinträchtigt würde. Da jedoch der kommunistische Gewerkschaftsverband fast alle Losungen der Kommunistischen Partei übernimmt,

wird es mitunter schwer sein, die Gewerkschaftstätigkeit eines Beamten von der für die Partei zu unterscheiden.

Seitens der katholischen Volksrepublikanischen Bewegung, der Partei Robert Schumans, und der Sozialistischen Partei werden Bedenken gegen den Gesetzentwurf der Regierung geltend gemacht. Diese Parteien befürchten, dass die Durchführung dieses Gesetzes Anlass zu "Schnüffeleien" und Bespitzelung geben könnte und praktisch zur Schaffung eines französischen "Mac Carren-Komitees" führen werde. Die Regierung hält dem entgegen, dass der Staat von jedem Beamten "Loyalität" verlangen könnte.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Entwurf in den kommenden Tagen Gesetzeskraft erhalten wird. Ein entlassener Beamter wird das Recht haben, bei einer aus hohen Staatsbeamten zusammengesetzten Kommission Einspruch zu erheben. Im Grunde zweifelt aber niemand daran, dass es der Regierung darum geht, alle Kommunisten aus der französischen Verwaltung zu entfernen.

+ + +

Ein ostzonaler Slansky-Prozess ?

r-t. Der Gründe für ein Grossreinemachen in der Sowjetzone gibt es genug: Die erbarmungswürdige Ernährungslage, der katastrophale Kurssturz der Ost-Mark, das Stocken des Fünf-Jahres-Planes, die Nichterfüllung der von der Sowjetunion erpressten Güterlieferungen und, sichtbarstes Zeichen der stagnierenden Ostwirtschaft, die leeren HO-Läden, deren pompöser Schmuck mit Stalin- und Pieck-Bildern die innere Trostlosigkeit nicht zu verbergen vermag. Wie in den schlimmsten Jahren der Nachkriegszeit stehen in den Städten und Dörfern der Sowjetzone hungernde Mensch^{en}massen wieder Schlange; die Bevölkerung murrte, das Regime ist schwer angeschlagen. Und zu alledem: auch die sowjetischen Auftraggeber Pankows haben Grund, mit der SEP höchst unzufrieden zu sein. Was macht eine Diktatur in einer solchen Lage? Sie sucht und findet Sündenböcke und die bolschewistischen Grossinquisitoren treten in Aktion.

Man weiss nicht, wie gross der Kreis von Menschen in der Sowjetzone ist, denen heute als Folge des Prager Schauprozesses der physische Untergang droht. Die vom SEP-Politbüro eingeleiteten Untersuchungen umfassen eine stattliche Reihe von Namen. Würdenträger von hohem Rang sind darunter, solche, die unmittelbar nach der vor

vor 1 1/2 Jahren erfolgten Verhaftung Slanskys in der Versenkung verschwanden und andere wiederum, die heute noch - wie lange? - im Apparat sitzen.

Allerdings: Unter den Opfern, die auf der Untersuchungsliste stehen, befindet sich keines, das an Macht, Stellung und Einfluss innerhalb des Parteiapparates sich mit einem Slansky-Ver gleichen liesse. Seine Stellung war ähnlich jener, die heute der jetzige Generalsekretär der SED, Ulbricht, einnimmt. Die jetzt Gestürzten und noch zu Stürzenden zählten zu seinen Freunden; sie taten nichts, was Ulbricht nicht auch billigte. Es waren seine Geschöpfe. Werden sie ihn mit ihrem Sturz mitreissen?

Ein grosser Teil der jetzt ausgesuchten Opfer ist jüdisch-bürgerlicher Herkunft. Der Prager Prozess bekam besonderes Gepräge durch die demonstrative Art, in der vom Zionismus als von einer angeblich verbrecherischen Bewegung gesprochen wurde. Der Ankläger bediente sich des Wortschatzes eines Streichers. Mit dieser Variante legte er den Grundstein zu neuen Verfolgungsmöglichkeiten und Beschuldigungen. Die kosmopolitische Gesinnung - und schon der Verdacht, ein Kosmopolit zu sein - gilt heute im Sowjetbereich als todeswürdiges Verbrechen, als die grösste Sünde gegen den Geist des Stalinismus. Die Gruppe, die nun vor das Tribunal der ostzonalen Henker geschleppt wird, verbrachte grösstenteils die Emigration in den westlichen Ländern; das allein macht sie in den Augen der Gralshüter des Kremls für alle "westlichen Anfechtungen" in hohem Masse verdächtig und anfällig. Viele von ihnen haben noch persönliche Beziehungen zu Bekannten und Freunden ausserhalb der Länder des Ostblocks. Sie könnten, das ist der Sinn aller Anklagen, im Falle eines Weltkonfliktes potentielle Verbündete des Westens werden; es ist bolschewistische Praxis, lieber tausend Unschuldige zu töten, als einen möglichen "Schuldigen" laufen zu lassen.

Auf dem letzten Parteikongress der russischen Bolschewisten fehlten die einstmals mächtigen Mitglieder des Politbüros, Manuilsky und Lossowsky. Auch sie sind jüdischer Abstammung. Niemand weiss, was mit ihnen geschah. Ihr Verschwinden erhält im Lichte des Pragers Prozesses und der kommenden Prozesse in der Soweitzone eine besondere Bedeutung - es zeigt, dass die sowjetische Diktatur nun dazu übergegangen ist, ihre internen Schwierigkeiten durch die Ausmerzung und Diffamierung russischer Minderheiten zu überbrücken. Der Moloch braucht Opfer. Wen wird er danach treffen?

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

E n t s c h l i e s s u n g

Der Vorstand der SPD befasste sich in seiner Sitzung am 28. und 29. November 1952 mit der Lage, die durch den Beschluss der Bundestagsmehrheit geschaffen worden ist, die Verträge von Bonn und Paris im Bundestag zu ratifizieren, bevor das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die nach dem Grundgesetz erforderlichen Voraussetzungen getroffen hat.

Nachdem in Reden von Bundesministern unverkennbar Versuche zu einer unzulässigen Einflussnahme auf das Bundesverfassungsgericht gemacht worden sind, ist offensichtlich, dass der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg zu einer Krise der Demokratie führt.

Der Beschluss des Bundestages ist eine Missachtung des Grundgesetzes. Der Vorstand der SPD warnt noch einmal dringend vor einer Fortsetzung dieses Weges.

+ + +

K o m m u n i q u é

In der Sitzung des Vorstandes der SPD am Freitag und Sonnabend, den 28. und 29. November 1952, befasste sich der Vorsitzende - Erich Ollenhauer in seinem einleitenden Referat mit der politischen Situation, wie sie sich aus der bevorstehenden grossen Debatte über die Ratifikation des Generalvertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ergibt. Unabhängig vom Ausgang der Beratungen im Bundestag in der nächsten Woche bleibt nach sozialdemokratischer Auffassung das ganze Problem der Westverträge durch die noch ausstehende Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichtes zur Frage der Verfassungsmässigkeit dieser Verträge und wegen der Haltung des Bundesrates auch weiterhin völlig offen. Das gleiche gilt aussenpolitisch im Hinblick auf die noch durchaus ungeklärte Haltung der französischen Nationalversammlung.

Ein wichtiger Gesichtspunkt in den Ausführungen Ollenhauers

war der Nachweis, dass auch durch eine mögliche Ratifikation die Verträge, vor allem auch auf militärischem Gebiete, nicht vor dem Jahre 1955 praktisch wirksam werden könnten und dass die Sicherheit der Bundesrepublik keineswegs, wie es von der Regierung immer wieder behauptet wird, für absehbare Zeit durch die vorliegenden Verträge gewährleistet werden könne.

Zur innerpolitischen Situation bedauerte Ellenhauer, dass sich die FDP, die DP und der BHE immer deutlicher im Sinne einer nationalistischen Radikalisierung fortentwickeln. Er wies mit grossem Ernst auf die Gefahren hin, die sich für die Demokratie in der Bundesrepublik daraus zwangsläufig ergeben.

Breiten Raum nahm in den Beratungen auch die sorgfältige Einzelanalyse der Ergebnisse der Kommunalwahlen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ein. Einen Gesamtüberblick dazu gab das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, Max Kukil. Zusätzlich erläuterten die Situation in ihren Ländern Franz Bögler für Rheinland-Pfalz, Egon Franke für Niedersachsen und Fritz Steinhoff für Nordrhein-Westfalen. Dabei spielten die Auswertung der Erfahrungen und der Ergebnisse dieses Wahlkampfes in den genannten drei Ländern für die kommende grosse politische Auseinandersetzung um die Zusammensetzung des Bundestages eine besondere Rolle.

Nach der Beratung einer Reihe weiterer parteiinterner Punkte der Tagesordnung beschloss der Vorstand, seine nächste Sitzung auf den 12. und 13. Dezember nach Bonn einzuberufen.

+ + +